SUDETENTAG IN NÜRNBERG, REDNER STOIBER (AM 19. MAI): *Rückfall in rabiate Zeiten*

CHRISTIAN LEHSTEN / ARGUM

»WO IST IHRE HEIMAT?«

Der Streit um die Umstände und Folgen der Vertreibung aus der Tschechoslowakei wird von Vertriebenenpolitikern kräftig angeheizt. Das hat Tradition. Schon seit den zwanziger Jahren sorgt die „sudetendeutsche Frage" für Konflikte im deutsch-tschechischen Verhältnis.

Als 1989 die kommunistische Herrschaft zusammenbrach und Václav Havel sich für das Leid und Unrecht entschuldigte, das den Deutschen nach dem Krieg in der Tschechoslowakei zugefügt worden war, entschloss sich auch der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, zu einer Geste.

Dem Ministerpräsidenten der tschechischen Teilrepublik in der Tschechoslowakei, Petr Pithart, schlug er vor, künftig in gemeinsam interessierenden Bereichen zu kooperieren, und zwar auf geziemender Augenhöhe: „als politische Repräsentanten der beiden traditionellen Völker des böhmisch-mährischen Raumes".

Schon der Ton des Angebots traf nicht ganz – das einst von Hitler aufgezwungene und von dem Sudetendeutschen Karl Hermann Frank verwaltete Reichsprotektorat Böhmen und Mähren ist unter Tschechen in übler Erinnerung geblieben. Entsprechend kühl die Reaktion: Zwar zählt Pithart zu jenen tschechischen Intellektuellen, die sich seit Jahrzehnten für die Verurteilung der Vertreibung und für eine Revision nationalistischer Geschichtsbilder einsetzen, doch dem böhmisch-mährischen Gruß konnte er nichts abgewinnen. Er verwies Neubauer mit seinem Anliegen an die Regierungen in Bonn und Prag.

Die sudetendeutschen Funktionäre waren beleidigt. Ein Prominenter stellte angesichts der Abfuhr sogar seinen jahrzehntealten Entschluss, in die frühere Heimat zurückzukehren, in Frage: „Böhmen ist auch unser Land", trotzte Walter Becher, Altsprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, „aber keine Rückkehr

in den Beneš-Staat.“ Derzeitige Sudetenführer liebäugeln ohnehin nach wie vor mit einem alten Traum von starker Brisanz: wie die sudetendeutschen Rechtsansprüche in Tschechien umgesetzt werden können.

In der Öffentlichkeit spricht der gegenwärtige Landsmannschaftssprecher Johann Böhm (CSU), der zugleich Präsident des Bayerischen Landtags ist, gern vom Frieden im zusammenwachsenden Europa. Aber im kleineren Kreis wird er anders verstanden. „Worüber aus sudetendeutscher Sicht geredet werden müsse“, zitierte ihn unlängst das bayerische Vertriebenenblatt „Informationen, Dokumente, Argumente“, sei „für Böhm zunächst einmal das Heimatrecht. Und das sei etwas anderes als die Niederlassungsfreiheit, die mit dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union von Prag natürlich auch den Sudetendeutschen gewährt werden müsse“.

Diese Niederlassungsfreiheit enthalte nämlich eine ganze Reihe von sudetendeutschen Lieblingsvorstellungen nicht. Da vermisst die Landsmannschaft, so die Vertriebenenzeitschrift, etwa „das Recht, deutsche Schulen zu errichten, Deutsch als äußere Amtssprache zu verlangen oder Straßenschilder in doppelter Sprache gestattet zu bekommen“. Sowieso versteht sich da, dass die Tschechen die Frage des von den Flüchtlingen einst zurückgelassenen Eigentums „aus der Welt schaffen müssten“, und erst an dritter Stelle auch noch die „Beneš-Dekrete“ („mit denen nach dem Zweiten Weltkrieg die Enteignung, die Vertreibung und schließlich das Verbrechen an den Deutschen für rechtens erklärt wurden“).

Kurz vor dem Beitritt der Tschechen zur EU sind ganz alte Fronten wieder aufgebrochen. Hier die Sudetenvertriebenen mit irrwitzigem Beharren auf Revision der durch Hitlers Krieg ausgelösten politischen und rechtlichen Veränderungen im östlichen Mitteleuropa, dort die rabiate Widerrede tschechischer Spitzenpolitiker, die im Gegenzug die Vertreibung herausfordernd zur „Quelle des Friedens“ deklarieren (so der sozialdemokratische Vize-Ministerpräsident Vladimir Spidla). Mittlerweile fordern sogar rot-grüne Regierungsvertreter die Aufhebung der Beneš-Dekrete von 1945. Tschechen, die dagegenhalten, fragt Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber, ob sie überhaupt „europatauglich“ seien.

Diesen deutsch-tschechischen Rückfall in Positionskämpfe wie zu Zeiten des Kalten Kriegs hat sich die deutsche Öffentlichkeit kaum mehr träumen lassen. Es ist schließlich über ein halbes Jahrhundert her, dass drei Millionen Deutsche aus der Tschechoslowakei zwangsweise ausgesiedelt worden sind. Nach Angaben der Landsmannschaft seien 250 000 von ihnen heute noch Mitglieder sudetendeutscher Organisationen in der Bundesrepublik. Die jüngsten der damals Vertriebenen sind inzwischen um die 60 Jahre alt. Ist es die Verbitterung eines Kollektivs alter Leute, die die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien nicht zur Ruhe kommen lassen wollen?

Gewiss nicht. Die meisten vertriebenen Deutschen machen, ähnlich wie die einstigen NS-Opfer auf der tschechischen Seite, ihre persönlichen Erinnerungen keinesfalls zum Lebensmaßstab – viele besuchen Tschechien und knüpfen dort persönliche Kontakte. Und die meisten Besucher der alljährlichen Sudetendeutschen Tage sind mehr an alten Freunden als an den Reden der Politiker interessiert.

Auf den ersten Blick bietet sogar die „Sudetendeutsche Zeitung“, das offizielle Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft, ein oftmals harmonisches Bild der Beziehungen: Kinder- und Jugendgruppen treffen sich; Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler unterhalten gemeinsam ihr Publikum auf beiden Seiten der Grenze; tschechische Kommunalpolitiker nehmen an Heimat-kulturellen Veranstaltungen der Sudetendeutschen teil; Priester zelebrieren gemeinsame Gottesdienste; regelmäßige Diskussionsrunden wie die in Iglau oder Marienbad können inzwischen auf eine beachtliche Tradition zurückschauen; tschechische Politiker und Diplomaten diskutieren mit sudetendeutschen Politikern ebenso wie mit der Öffentlichkeit.

AKG

SUDETENPOLITIKER HENLEIN (3. V. R.), FRANK (2. V. R.)*
„Rassisch unverdauliche Tschechen“

Eine heile Welt – aber sudetendeutsche Repräsentanten sind gar nicht glücklich damit, wie es scheint. Das schöne Bild vom vielfältig verzahnten Begegnungsalltag kaschiert nämlich nur, dass in der Satzung der Landsmannschaft einige Aufgaben und Ziele stehen, die veritable Dauerhindernisse der deutsch-tschechischen Beziehungen sind – vor allem die Forderungen der Sudetendeutschen,

- „an einer gerechten Völkerordnung Europas mitzuwirken“,
- „den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen“,
- „die Rückgabe des konfiszierten Vermögens auf der Basis einer gerechten Entschädigung zu vertreten“.

Die Landsmannschaft ist keine demokratisch legitimierte Interessenvertretung. Obwohl sie nur für diejenigen spricht, die sich zum völkischen Stammesbewusstsein dieses „vierten Stammes Bayerns“ bekennen, erhebt sie aber den Anspruch, für alle aus der Tschechoslowakei Vertriebenen zu stehen. Öffentliche Grundsatzdiskussionen über dieses Demokratiedefizit werden weder in der sudetendeutschen Presse noch in der Münchner Zentrale, dem Sudetendeutschen Haus, geduldet. Die Landsmannschaft repräsentiert zahlreiche sude-

MAX EHLERT / DER SPIEGEL

SUDETENDEUTSCHE IN EGER: *Heim ins Reich*

* 1938, bei einer Trauerfeier in Eger.

tendeutsche Vereine. Am bekanntesten sind die drei „Gesinnungsgemeinschaften“: die katholische „Ackermann-Gemeinde“, die sozialdemokratische „Seliger-Gemeinde“ und der völkische „Witikobund“, der sich selbst als „national“ bezeichnet.

Alle Vereine betonen nach außen ihre Unabhängigkeit, haben aber beim „1. Sudetendeutschen Kongress“ 1987 in Regensburg erklärt, dass sie „in der Sudetendeutschen Landsmannschaft die legitime, demokratisch gewählte Vertretung der Sudetendeutschen“ sehen, und „sie bekunden einmütig, dass sie für die Rechte dieser Volksgruppe auch in der Zukunft geschlossen eintreten werden“.

„Die Umsiedlung, begonnen von Hitler, wird in vollem Umfang durchgeführt werden, aber in umgekehrter Richtung.“

So kann die Landsmannschaft als Vertreterin der Sudetendeutschen auftreten und – unbeeindruckt von den Meinungen einzelner Abweichler – ihre vermeintlichen Interessen formulieren und sogar Einfluss auf die deutsch-tschechischen Beziehungen nehmen.

Die Traditionen dieser „Volksgruppe“ gehen auf die Zwischenkriegszeit zurück. Rhetorik, Symbolik, Geschichtsbilder und politische Ideenwelt entstammen nationalistischen Zirkeln der deutschen Bevölkerungsgruppe sowie der Sudetendeutschen Heimatfront des NS-Aktivisten und Anschlusspredigers Konrad Henlein. Der heutige Satzungsbestandteil „gerechte Völkerordnung“ in Europa stand – als antitschechoslowakisches Programm – schon damals im Wunschkatalog.

Neue sudetendeutsche Feindbilder beschränken sich keineswegs auf die tschechische Regierung und die Mehrheit der tschechischen Gesellschaft. So gelten Aggressionen der „Sudetendeutschen Zeitung“ der „Schröder-Fischer-Republik“ und Politikern wie Antje Vollmer („verstockt und inkompetent“).

Zur volkstümelnden „Leitkultur“ radikaler Sudetensprecher passt auch, dass der Staatsmann Edvard Beneš (1884 bis 1948), vor dem Krieg immerhin führender Völkerbund-Diplomat und von 1935 bis 1938 Präsident einer demokratischen Insel in Mitteleuropa, heute als „Diktator neben Hitler, Stalin und Milošević“, „Kriegsverbrecher“, „Dämon“ und „Liquidator“ geschmäht wird.

An prominenten Verbündeten mangelt es nicht: Sogar der angesehene Berliner Zeithistoriker Arnulf Baring (geboren in Dresden) hat kürzlich im ZDF Beneš als Kriegsverbrecher bezeichnet. Das hören die Volkstumskämpfer gern. Baring bekam beim Nürnberger Sudetentag im Mai den „Europäischen Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft“.

Als ranghöchster Schutzpatron agiert seit längerem der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber. Beim Nürnberger Sudetentag hieb er – nun als Kanzlerkandidat der CDU/CSU – auf die tschechische Regierung ein. Steht doch in seinem Wahlprogramm ausdrücklich: „Das Recht auf die Heimat gilt“, die Union wolle „im Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Union die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen zur Sprache bringen“. Dankbar hörten die Anwesenden, wie der Kandidat versprach, die Belange des „vierten Stamms Bayerns“ auch künftig zu verfechten.

Diese ethnisierende Ausdrucksweise ist offizieller Sprachgebrauch. Sie findet sich auch schon auf der „Urkunde zur Schirmherrschaft des Freistaates Bayern über die sudetendeutsche Volksgruppe“ von 1962. In der heißt es: „Die Bayerische Staatsregierung betrachtet die sudetendeutsche Volksgruppe als einen Stamm unter den Stämmen Bayerns.“

Was wie Bayern-Folklore klingt, bekam allerdings seit jeher durch Aussagen von Münchner Spitzenpolitikern einen fatalen Ton. 1984 etwa erklärte der damalige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann auf dem Sudetendeutschen Tag: „Sudetenland – Bayern: Das ist auch ein wesentliches Stück deutscher Nation, ist Gemeinsamkeit in Sprache und Kultur, ist gemeinsames Vaterland. So war es jahrhundertelang in Höhen und Tiefen gemeinsamer Geschichte, so ist es in der Gegenwart unseres widersinnig geteiltenLandes.“

Das „Sudetenland“ ist ohnehin eine Bezeichnung, die erst in den dreißiger Jahren im völkischen Milieu entstand – und dann auch noch im „gemeinsamen Vaterland“ –, nicht nur hellhörige Tschechen könnten argwöhnen, dass im rechten politischen Lager der Bundesrepublik die Forderung nach einer Grenzrevision noch nicht gänzlich von der Tagesordnung getilgt ist. Jedenfalls war im Falle Zimmermann seitens der Bundesregierung von einer Distanzierung nichts zu hören.

Für sudetendeutsche Politiker besteht die Ursünde nicht in der Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern bereits in der Gründung der Tschechoslowakischen Republik 1918, in deren Staatsbürgerschaft sie gegen ihren Willen hineingezwungen wurden. Das stellt in ihren Augen das eigentliche Unrecht dar, das es zu überwinden gilt.

JUBELEMPFANG FÜR EINRÜCKENDE NAZI-KOLONNE 1938:

PARAMILITÄRISCHE SUDETENDEUTSCHE (1938): *„Blutweihe für den Freiheitskampf“*

HUGO JAEGER / TIMEPIX

„Wesentliches Stück deutscher Nation“

Das provoziert tschechische Verweise auf die Vorgeschichte des Münchner Abkommens von 1938: Die Sudetendeutsche Partei habe unter dem Führer Konrad Henlein (1933 als Sudetendeutsche Heimatfront gegründet) mit Unterstützung von über zwei Dritteln der ortsansässigen Deutschen den gemeinsamen Staat und damit die Demokratie verraten, indem sie sich dem nationalsozialistischen Regime anschlossen.

Deren Aktivisten hatten in der Tat schon lange vor Hitler und den Vertreibungsschrecken als deutsch-tschechischer Störfaktor gewirkt.

Im Andenken an die gewaltsamen Ausschreitungen 1919, denen in mehreren tschechoslowakischen Städten 54 Deutsche zum Opfer fielen, wird noch heute alljährlich am 4. März der sudetendeutsche „Staatsfeiertag“ in München und Wien (in der Bundesversammlung der Landsmannschaft sitzen auch Delegierte aus Österreich) begangen.

Man erinnert dabei jenen Tag, an dem „der sudetendeutsche Freiheitskampf seine Blutweihe empfangen hat“, wie es bis heute heißt. Dass Sudetendeutsche damals für einen Anschluss der mehrheitlich deutsch besiedelten Gebiete Böhmens und Mährens an Österreich demonstrierten, gibt ihnen heute Anlass, sich als „Vorkämpfer für das Selbstbestimmungsrecht“ zu stilisieren.

Dass dies damals wie heute nichts Gutes verheißt, machten verantwortliche Sudetensprecher immer wieder deutlich. So schrieb 1993 Alfred Ardelt, kürzlich verstorbenes Präsidiumsmitglied der Bundesversammlung der Landsmannschaft: „Die Tschechen haben das deutsche Land 1918 besetzt, sie mussten es 1938 herausgeben, sie haben es 1945 erneut besetzt, und sie halten es besetzt. Das muss unsere Position sein.“

In der Geschichtsrhetorik leitender Funktionäre taucht so gut wie nie auf, dass die deutschen Oberen die Vertreibung, die ihre Landsleute schließlich erlitten, zuvor den Tschechen zugedacht hatten. Denn Umsiedlungen der angestammten Bevölkerung zwecks Neuordnung Europas war ein Lieblingsprojekt auch von sudetendeutschen NS-Planern.

In einer für Hitler bestimmten Denkschrift zur „Behandlung des Tschechen-Problems“ schrieb der Protektorats-Gewaltige Karl Hermann Frank am 28. August 1940: „Mehrere Millionen Tschechen“ seien geeignet, „einer echten Umvolkung zugeführt“ zu werden; für „rassisch unverdauliche Tschechen und die reichsfeindliche Intelligenzschicht“ sei dagegen Aussiedlung „bzw. Sonderbehandlung dieser und aller destruktiven Elemente“ das rechte Mittel.

Auch der spätere erste Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Rudolf Lodgman von Auen, empfahl schon im April 1938, zur Verwirklichung des Nationalitätenprinzips „auch vor Umsiedlung“ nicht zurückzuschrecken.

„Umsiedlungen“ erlebten die Sudetendeutschen schon lange, bevor sie selbst umgesiedelt wurden, und die scheinen sie positiv aufgenommen zu haben.

Am 30. Juli 1941 meldete die Gauleitung der NSDAP an den Oberlandrat in Klattau, dass die „Ansiedlung deutscher Volksgenossen im Protektorat … in weiten Kreisen des deutschen Wirtschaftslebens im Sudetengau und im Protektorat größtes Interesse“ gefunden habe; besonders „in den Gebieten des Ostsudetenlandes, die ausgesprochen fremdvölkischen Charakter haben“, seien Sudetendeutsche, Altreichsdeutsche und Südtiroler angesiedelt worden. Am 10. Januar 1944 rief ein SS-Standartenführer Franz Müller bei der Gauleitung an und kündigte die Ankunft von 10 000 Russlanddeutschen an („erstklassiges Menschenmaterial, das zwei Jahre lang mit den deutschen Truppen zusammengearbeitet hat“).

Die brutale Behandlung von Deutschen durch Tschechen nach dem Krieg ist von diesen Geschehnissen sicherlich mit geprägt worden. „Die Umsiedlung der Volksgenossen, begonnen von Adolf Hitler, wird in vollem Umfang durchgeführt werden, aber in umgekehrter Richtung, als sie der Führer vorgeschrieben hat“, kündigte schon am 16. Dezember die Untergrundzeitung „Český Kurýr“ an. Und in einer anderen, „V Boj“, hieß es damals: „Wenn jetzt Hitler zeigt, dass es möglich ist, Hunderttausende von Deutschen von einem Staat in den anderen wie eine Viehherde zu treiben, warum sollten dann nicht auch alle deutschen Minderheiten aus allen europäischen Ländern ins Reich zurückgesiedelt werden?“

Es hat aber auch in der tschechischen Gesellschaft seit 1945 Kritik an der Vertreibung gegeben. Die konnte jedoch nach dem kommunistischen Umsturz von 1948 nur noch im Exil zum Ausdruck kommen. „Mich kümmert nicht, was mit den Gestapokommissaren geschehen ist“, schrieb 1952 der ehemalige Buchenwald-Häftling Ferdinand Peroutka, „aber es haben auch viele Deutsche gelitten, die nur schuldig waren, als Deutsche geboren zu werden.“

Tschechische Vertreibungskritiker bemühten sich auch um Kontakte zu sudetendeutschen Organisationen. Dabei mussten sie jedoch erfahren, dass es denen keineswegs nur um die Vertreibung ging. 1956 formulierte der im Londoner Exil lebende ehemalige tschechische Diplomat Karel Lisický auf einer sudetendeutschen Tagung sein Misstrauen gegenüber dem sudetendeutschen Verständnis von Heimatrecht. „Nicht nur für mich allein, sondern für alle Tschechen“ fragte er die Vertriebenen, wohin sie eigentlich zurückkehren wollten: „Betrachten Sie die Zukunft Ihrer Heimat innerhalb der deutschen Grenzen, oder

CTK

ZUSAMMENGETRIEBENE DEUTSCHE IN PRAG (1945): *Alle mussten die Zeche bezahlen*

sind Sie bereit, sich öffentlich – was unser Verhältnis betrifft – auf den Boden der deutschen Grenzen von 1937 zu stellen?“

Lisický: „Wo ist Ihre Heimat?“ Eine Antwort erhielt er damals nicht. Allerdings erklärte Sudetenfunktionär Lodgman von Auen 1961 unmissverständlich: „Der Ausgangspunkt einer jeden deutschen Politik im Osten sind die tatsächlichen Grenzen Deutschlands, als es 1939 in den Krieg eingetreten war.“

Schon 1958 hatte das in London angesiedelte Edvard-Beneš-Institut das Problem des tschechisch- sudetendeutschen Dialogs auf den Punkt gebracht: „Es scheint, dass eine fruchtbare Diskussion nicht begonnen werden kann, solange die Sudetendeutschen nach allem, was uns und ihnen geschehen ist, sagen lassen, dass sie mit uns [zwar] in irgendeinem gemeinsamen Raum leben wollen, aber nicht in einem gemeinsamen Staat, als ob wir immer noch ein Volk wären, das keinen Staat hat.“

Die Forderung nach einem kollektiven „Recht auf Heimat und Selbstbestimmung“ geht auf einen alten Streit in Böhmen zurück. Manche Deutsche forderten eine Teilung Böhmens und Mährens nach ethnischen Kriterien; für die Tschechen war das Separatismus und die Zerschlagung einer tausendjährigen Staatlichkeit. Einem deutschen ethnischen Nationskonzept stand ein tschechisches historisches Nationskonzept gegenüber.

Den Sudetendeutschen nach 1918, einer Bewegung unter den Deutschsprachigen in der Tschechoslowakei, ist es mit Unterstützung der Nazis gelungen, jene Einheit vorübergehend zu zerstören – 1938 glaubten sie sich am Ziel ihrer Wünsche.

Dabei hatten sie ihre „Heimat“ schon verspielt. Denn mit dem Dritten Reich ging auch sie unter, und damit verloren nicht nur die völkischen Sudetendeutschen, sondern fast alle deutschsprachigen Bewohner der Tschechoslowakei ihr bisheriges Zuhause. Der tschechische Vorwurf der „fünften Kolonne“ trifft bis 1938 nur auf die völkischen Sudetendeutschen zu. Am Schluss aber mussten alle die Zeche bezahlen. Damit teilten sie das Schicksal aller Deutschen.

„Es haben auch viele Deutsche gelitten, die nur schuldig waren, als Deutsche geboren zu werden.“

Die Ideologie der Sudetendeutschen ging davon aus, dass die Deutschen im Reich und in Österreich ihnen näher stünden als ihre tschechischen Nachbarn, mit denen sie seit Jahrhunderten zusammenlebten. Noch heute ist ihr Denken derart von Volkstumsphraseologie geprägt, dass ein künftiges Zusammenleben mit der tschechischen Bevölkerung schwer vorstellbar erscheint. Die Erfahrungen mit der Instrumentalisierung der Beneš-Dekrete durch die Sudetendeutschen wirken kaum vertrauensbildend.

Ohne laut von „Heimat- und Selbstbestimmungsrecht“ oder materiellen Entschädigungsforderungen zu sprechen und unter Ausnutzung des geplanten EU-Beitritts Tschechiens haben sudetendeutsche Scharfmacher die Debatte über die Dekrete angeheizt.

Dass dabei auch noch Resolutionen im Europäischen Parlament durchgebracht wurden, hat unter den nichtdeutschen Straßburger Parlamentariern Unmut gestiftet; viele Parlamentarier fühlten sich benutzt. Die Deutschen hätten die Angelegenheit „gehijacked“, sagte der französische Politologe Jacques Rupnik, „der europäische Regenschirm“ werde missbraucht, „um private Rechnungen aus der Vergangenheit zu begleichen, an Stelle in die Zukunft zu schauen“.

Für sudetendeutsche Politiker hat sich die Kampagne gelohnt: Große Teile der deutschen Medien stützen ihre Position, ohne dass sie selbst als Drahtzieher in Erscheinung treten.

Die Vertriebenen können nicht pauschal dafür verantwortlich gemacht werden, dass sich die tschechische Gesellschaft bedroht fühlt. Sehr viele von ihnen sehen sich durch die aggressiven Kampagnen der Landsmannschaftsaktivisten nicht vertreten.

Das war schon vor Jahrzehnten so. Für eine Unterscheidung zwischen Vertriebenen und ihren radikalen Vertretern warb 1962 der Publizist Kurt Nelhiebel, der mit seinen Eltern aus der Tschechoslowakei nach Deutschland abtransportiert worden war. Nicht die vertriebenen Massen, sondern die „Henleins gestern und heute“ – so der Titel seines Buchs – hätten durch ihre „politische Tätigkeit vor und nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch die NS-Truppen die Voraussetzungen für den blutigen Terror“ mit geschaffen.

Vor allem diese Aktivisten aber bestimmten in der Bundesrepublik stets die Sudetendebatte, Gemäßigtere fanden kaum Gehör. Das ist bis heute ein Problem für die deutsche Politik und die deutsche Gesellschaft geblieben.

Doch die Volkstumskämpfer geben wohl nicht so schnell auf. Andere, für die sie zu sprechen behaupten, sind da schon weiter: Irene Kunc, Präsidentin der Landesversammlung der Deutschen in Tschechien, weiß: „Seit dem Ersten Weltkrieg sind bald 84 Jahre vergangen, seit dem Zweiten Weltkrieg 57 Jahre. Die Geschichte lässt sich nicht korrigieren, die Staaten wollen und können die Ergebnisse der beiden Kriege nicht revidieren.“

Hans Henning Hahn,
Professor für Moderne Osteuropäische Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg